

SZ: „Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Staatsdiener dürfen bestraft werden, wenn sie Verschwörungsmmythen verbreiten und die Pandemiepolitik als „diktatorisch“ kritisieren.“

Dies ist jetzt erstmals möglich.

Die SZ weist auf eine Leitentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hin: Corona-Leugner werden darin unter bestimmten Umständen auf eine Stufe mit Rechtsextremen gestellt. Und das bedeutet: Wer eine solche Gesinnung an den Tag legt, kann seine Position im Staatsdienst verlieren. Sei es als Lehrerin, als Polizistin oder auch als Soldat.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bundesverwaltungsgericht-querdenker-extremen-staatsdienst-urteil-1.6313963>



Werbung

André D. Thess

# Sieben Energiewende- märchen?

Eine  
Vorlesungsreihe  
für Unzufriedene



SACHBUCH

 Springer